

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	29 (1937)
Heft:	2: Das Wirtschaftsjahr 1936
Rubrik:	Arbeitsrecht

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Arbeiterbewegung.

V. H. T. L.

Die Erhebung einer vierprozentigen Zollquittungsgebühr auf Grund des zweiten Finanzprogramms führte in der aargauischen Tabakindustrie des Wynen- und Seetals zu einem Lohnkonflikt. Die Tabakfabrikanten hielten sich nämlich dadurch schadlos, dass sie vom 1. April 1936 an einen Lohnabbau von 4 Prozent vornahmen. Das kantonale Einigungsamt sowie die vom Bund eingesetzte interkantonale Schlichtungsstelle und auch das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement sprachen sich gegen diese Abwälzung der Steuer auf die Arbeiter aus. Doch ohne Erfolg. Schliesslich wurde vom Bundesrat zur Beilegung des Konfliktes die Aufhebung des Zollquittungsstempels für Rohtabak beschlossen. Der Lohnabbau wurde wieder aufgehoben, jedoch nur für die Auszahlungen, die nach dem 1. Januar 1937 erfolgten.

Eisenbahner.

Das Personal der Wynentalbahn leitete eine Lohnbewegung gegen den bisher beständenen Lohnabbau von 15 Prozent ein. Die Bahndirektion lehnte die vorgeschlagene Intervention des kantonalen Einigungsamtes ab; erst nach der Androhung eines Streiks entschloss sie sich zu einem Entgegenkommen. Der Lohnabbau wurde nun auf 7½ Prozent reduziert.

Arbeitsrecht.

Wechsel des Dienstherrn.

Bei einem überjährigen Dienstverhältnis ist die Kündigungsfrist in der Regel auf einen Monat festgesetzt. In einem Hotel wechselte der Besitzer ohne Änderung des Personals. Es stellte sich nun die Frage, ob dadurch ein neues Dienstverhältnis begründet worden sei, das heisst, ob für die Berechnung der Kündigungsfrist die Dauer der Anstellung unter dem früheren Hotelbesitzer angerechnet werden muss. Das Gewerbegericht entschied, dass ein ununterbrochenes Dienstverhältnis gegenüber dem bisherigen Hotelangestellten nur vorliege, falls der neue Arbeitgeber die alten Vertragsbedingungen ausdrücklich übernahm.

Periodische Arbeitsaussetzung.

Wegen Arbeitsmangel und schlechten Witterungsverhältnissen kommt es häufig vor, dass die Arbeit vorübergehend eingestellt werden muss. Falls ein etwaiger Arbeitsmangel nicht auf Wochen hinaus festgestellt werden kann, so darf die Arbeitsaussetzung ohne Lohnzahlung nur von Fall zu Fall, das heisst bei tatsächlichem Arbeitsmangel, festgesetzt werden. Im vorliegenden Fall handelte es sich um eine Fuhrhaltereiunternehmung, und es wurde entschieden, dass hier ein periodisches Aussetzenlassen auf unbestimmte Zeit nicht gerechtfertigt sei.

Haftung der Suva für mittelbare Unfallfolgen.

Es kommt häufig vor, dass sich nach einem schweren Unfall Krankheiten einstellen, die unmittelbar mit dem Unfall selbst gar nichts zu tun haben und bei denen die Frage auftaucht, ob die Unfallversicherungsanstalt auch für diese Schäden aufzukommen hat. Das Versicherungsgericht des Kantons Zürich entschied vor kurzem, dass die Haftung aufrecht besteht, falls der Verunfallte auf

Grund seines geschwächten Zustandes in erhöhtem Masse der Krankheit ausgesetzt war. In dem betreffenden Fall erlitt ein Arbeiter bei einem Unfall eine Knochenknorpelabsprengung und wurde zur Operation ins Spital gebracht. Nach einigen Tagen erkrankte er an einer Angina, an deren Folgen er starb. Im Spital selbst konnte keine Quelle für die Ansteckung festgestellt werden. Das Gericht hiess die Klage der Hinterbliebenen dennoch gut mit der Begründung, dass infolge der Operation der Organismus geschwächt war und dass daher eine grössere Disposition zur Erkrankung bestanden habe.

Buchbesprechungen.

Dr. H. Bersot. *Die Fürsorge für die Gemüts- und Geisteskranken in der Schweiz.* Verlag Hans Huber, Bern, 1936. 175 Seiten. Fr. 4.80.

Dieses Buch ist ein reich illustriertes Nachschlagewerk über die Pflege der Geisteskranken in der Schweiz. Interessant sind vor allem die statistischen Zahlen über die Krankheiten, über Alter, Zivilstand, Ein- und Austritt der Kranken. Das Buch ist jedoch nicht eine Einführungsschrift in das Wesen und in die Behandlung von Gemütskrankheiten, sondern orientiert nur über die Pflegeeinrichtungen, die Anstalten, die verschiedenen Organisationen und die Fürsorgeeinrichtungen.

E. R.

Dr. Eugen Steinemann. *Die Verhinderung der landwirtschaftlichen Bodenüberschuldung.* Ein sozialistischer Vorschlag zur Lösung der landwirtschaftlichen Bodenfrage. Jean Christophe-Verlag, Zürich, 1936. 39 Seiten. Fr. —.80.

Die volkswirtschaftliche Gesellschaft des Kantons Bern hat die Frage der Verhinderung der landwirtschaftlichen Ueberschuldung als Thema einer Preisaufgabe gewählt. Die nun im Buchhandel erschienene Arbeit von Eugen Steinemann erhielt den zweiten Preis. In einer kurzen Einführung über das landwirtschaftliche Ueberschuldungsproblem legt der Verfasser dar, dass die Hauptursache der hohen Schuldenlast bei den Bodenpreisen liegt. Er untersucht kritisch die bisher erörterten Lösungen und führt sodann seinen eigenen Vorschlag aus. Aller landwirtschaftliche Boden, der zum Verkauf angeboten wird, soll von einem staatlichen Bodenamt übernommen werden, das den Boden grundsätzlich zum Ertragswert zu übernehmen hat. Ein bestimmter Teil des Bodens wird an bewährte Bauern in der Form von Heimstätten in Erbpacht übergeben; der Rest soll an jene weiter verkauft werden, die die höchsten Preise bieten. Bei den Heimstätten wird der jährliche Pachtzins den Schwankungen des Ertragswertes angepasst, was für die Bauern natürlich von grossem Vorteil wäre, da für sie in Zeiten sinkender Preise die gleich hoch gebliebenen Zinsen sehr drückend wirken. Der Vorschlag Steinemanns bietet viel Interessantes und Wertvolles. Einige Fragen bleiben allerdings auch hier noch unlösbar. Offen bleibt zum Beispiel die Frage, ob der Bodenpreis durch die freie Konkurrenz der Käuflustigen nicht wieder stark über den Ertragswert hinaus gesteigert wird (denn die Spekulation auf einen eventuellen zukünftigen Ertrag wird nicht ausgeschaltet) und ob die Ueberschuldung durch den Grundsatz, dass der Boden nur zum Ertragswert zurückgenommen wird, in der Praxis tatsächlich verhindert würde. Unerörtert bleiben auch die übrigen Kreditfragen, vor allem die so wichtige des landwirtschaftlichen Betriebskredits. Auf jeden Fall ist das Projekt eines der Mittel zur Bekämpfung der Ueberschuldung, das noch durch andere Massnahmen, durch den Ausbau des Betriebskredits, durch erbrechtliche Bestimmungen etc., ergänzt werden muss.

E. R.

Dr. William Schlesinger. *Das Geldproblem in der öffentlichen Meinung der Schweiz, 1803—1850.* Kommissionsverlag Fehrsche Buchhandlung, St. Gallen, 1936. 135 Seiten. Fr. 4.50.

Diese Doktorarbeit behandelt die Währungs- und Münzdiskussion seit der Mediationszeit bis zum Erlass des Bundesgesetzes von 1850. Die Arbeit hat nur historisches Interesse. Es ist aber interessant, dass einzelne Fragen, über die auch heute noch diskutiert wird, schon damals lebhaft besprochen wurden. E. R.